

In die Zukunft wachsen – ökologisch und ökonomisch



Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Stephanie Aeffner (KV Pforzheim und Enzkreis)

Änderungsantrag zu WP-01-K1

Von Zeile 491 bis 493 löschen:

und Rollen an manchen Stellen in unserem föderalen Staat neu verteilt, gebündelt und auch klarer gestaltet werden, ~~zum Beispiel im Sozialleistungsbereich~~. Wir setzen auf konstruktive Zusammenarbeit statt Doppelstrukturen und Gegeneinander.

Von Zeile 497 bis 499:

wie auch für konkrete Kooperationen. Umgekehrt sollte der Bund für bundesweit gesetzlich geregelte Leistungen wie ~~das~~ Elterngeld ~~oder Wohngeld~~ einen digitalen Dienst bereithalten, den Länder und Kommunen für die Leistungserbringung vor Ort

Begründung

Existenzsichernde Sozialleistungen müssen verlässlich das soziokulturelle Existenzminimum absichern. Gerade hier kann die Umsetzung nicht einfach vor Ort unterschiedlich gehandhabt werden. Gleichzeitig gibt es aber unbestreitbar einen großen Reformbedarf. Wegen der komplexen (verfassungs-) rechtlichen Fragen bei Sozialleistungen sollte die Frage, wie unser Sozialstaat besser für die Menschen funktionieren kann, aber separat im Kapitel "Für verlässliche soziale Sicherung" behandelt werden. Das Wohngeld ist hier auch gestrichen, weil es Teil der umfangreichen Reformüberlegungen ist.

weitere Antragsteller*innen

Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Ralf Gäer (KV Märkischer Kreis); Pauline-Sophie Dittmann (KV Tübingen); Tariq Kandil (KV Berlin-Reinickendorf); Sebastian Wormsbäcker (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Klaudia Maria Hanisch (KV Göttingen); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Frank Schmidtsdorff (KV Bremen-Nord); Marc Kersten (KV Köln); Lars Klaus Aßhauer (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); Henry Knobbe-Eschen (LV Bremen); Sven Lehmann (KV Köln); Yvonne Marchewitz (KV Hannover); Marco Tiedtke (KV Leipzig); Arne Lorenz Gellrich (KV Osterholz); Axel Kurth (KV Hannover); Bernd Meffert (KV Rheingau-Taunus); sowie 30 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.